

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Seitensprecher Nr. 58.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quintusblatt. Preis für den Monat durch Post in's Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3351 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitest Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 135

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Mittwoch, 15. Juni 1921 (Vitus)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Einstellung der Säuberungsaktion in Oberschlesien?

Neuestes in Kürze.

Dortmund, 15. Juni. In der hiesigen Unionbrauerei explodierte heute nachmittag im Maschinenhaus ein Kompressor. Ein dabei entstandener Brand ergriff das Maschinenhaus und verursachte dort erheblichen Schaden. Drei Personen wurden durch Brandwunden schwer, drei andere leicht verletzt.

Berlin, 15. Juni. Laut Berliner Lokalanzeiger befahte sich das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung in Anwesenheit des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau mit den Wiesbadener Verhandlungen über die Wiederaufbaufragen.

Berlin, 15. Juni. Der Londoner Berichterstatter des Berliner Tageblatts erfährt, daß der Oberste Rat auf Ersuchen Louchets wahrscheinlich Rathenau ersuchen werde, seine Pläne persönlich oder durch Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates zu erklären.

Berlin, 15. Juni. Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers wurden die im Lager Hohen-Flattenberg untergebrachten russischen Kriegsgefangenen heimgeführt.

Oppeln, 15. Juni. Die Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die aus Jouniaux und Finken besteht, ist in Begleitung des Mitgliedes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kohl, und des Sekretärs G. L. in Oppeln eingetroffen, um von dort aus weiter ins oberschlesische Industriegebiet zu reisen.

Das französische Branntweinmonopol am 10. Juni in Kraft.

Die Rheinlandkommission hat die in diesen Tagen von der Presse bereits angekündigte Verordnung betreffend die Regelung des Alkoholverkehrs im besetzten rheinischen Gebiet jetzt erlassen. Bei der ungeheuren Tragweite dieser Verordnung, die einen schweren Eingriff in das rheinische Wirtschaftsleben darstellt, sei der anläßliche Wortlaut wiedergegeben:

Artikel 1. Die Erzeugung von Alkohol im besetzten Gebiet wird unter der Kontrolle der Rheinlandkommission gestellt, die sich vorbehaltlich der Verwendung und Preise festzusetzen. Artikel 2. Der gesamte Vorrat an Alkohol im besetzten Gebiet, der sich augenblicklich im besetzten Gebiet befindet, kann nur mit Genehmigung des alliierten Komitees veräußert, in Verkehr gebracht oder zu irgend einem Zwecke verbraucht werden.

Artikel 3. Die Höhe des Monopolausgleiches, der bei der Einführung in das besetzte Gebiet zu erheben war, wird von dem Alkoholkomitee festgesetzt und von den Zollbehörden des besetzten Gebietes unter der Aufsicht des Zollkomitees vereinbart.

Im Artikel 4 wird das Alkoholkomitee mit der Anwendung dieser Verordnung beauftragt und in Artikel 5 bestimmt, daß die Verordnung mit dem 10. Juni in Kraft treten soll.

Die Maßnahme der Kommission steht mit dem Friedensvertrag in Widerspruch, sie kann nur als der erste Schritt Frankreichs betrachtet werden, die Abschaffung, die politisch wichtig, moralisch und nützlich ist, nun wirtschaftlich zur Aufgabe zu machen.

Rheinland will nichts davon wissen.

Berlin, 14. Juni. Der demokratische Abgeordnete Erlangen hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Nach mir zugegangenen Nachrichten bestehen in den Kreisen der fremdländischen Besatzungsbehörden im Rheinland Pläne auf Errichtung eines selbständigen Spiritusmonopols im besetzten Rheinland. Es soll damit die wirtschaftliche Verbindung des Rheinlandes mit dem Deutschen Reich gelockert und größeren Mengen fremden Spirits der Eingang ins besetzte Gebiet verläßt werden. In Hinsicht auf diese Pläne werden schon jetzt große Mengen französischer Kognaks durch belgische und französische Firmen ins besetzte Gebiet eingeführt. Dabei spielt ein früherer deutscher Offizier eine mehr als zweifelhafte Rolle. Sind der Reichsregierung diese Pläne bekannt? Wie denkt sie diesen Plänen entgegenzuwirken?

Parteiliches Verhalten in Oberschlesien.

Oppeln, 15. Juni. Wie die Blätter melden, hat zwischen dem Abbruch der Interalliierten Säuberungsaktion der Streit um die Freigabe des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz die Veranlassung gegeben. Der Zwischenschuß der deutschen Parteien in Oberschlesien, der sich zu General Verond begeben hatte, um ihm die Bedingungen für die Auflösung des deutschen Selbstschutzes zu überreichen, wurde von General Verond zur Klärung des Annaberges aufgeföhrt. Nach genauer Prüfung kam der Zwischenschuß zu dem Beschluß, daß für die Säuberungsaktion die Notwendigkeit zur Klärung des Annaberges nicht bestehe und daß die Forderung ein sichtbares Entgegenkommen gegenüber den Insurgenten bedeute. Aus diesem Grunde glauben der Zwischenschuß und der Führer des deutschen Selbstschutzes die Klärung ablehnen zu müssen. Aus der Tatsache, daß die Polen überall den Rückzug eingestellt haben, läßt sich mit Bestimmtheit schließen, daß General Verond in der Forderung der Klärung des Annaberges eine Bedingung der Insurgenten erfüllen wollte.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Juni. Abg. Anisch (Zem.) fragt, ob es wahr sei, daß die nach Frankreich zu liefernden 25 000 Wohnbaracken an Großunternehmer vergeben werden sollen.

Staatssekretär Dr. Müller befragt, daß im Gegenteil sei weitgehende Berücksichtigung des Bauhandwerks geplant.

Auf eine Anfrage des Abg. von St. d. wegen Weiterveräußerung von Fahrpreiserhöhungen für das Rote Kreuz erfolgt die Antwort, daß die Vergünstigungen allgemein aufgehoben seien.

Auf eine Anfrage des Abg. Lambach (D. N.), die sich darauf bezieht, daß die jüdische Arbeitervereinsliste in Duisburg planmäßig Arbeitsplätze polnischer Saisonarbeiter in deutschen Betrieben unterzubringen beabsichtigt, erwidert der Regierungsdirektor, nach dem Erlass des preussischen Ministeriums des Innern vom 17. November 1920 ist den jüdischen Arbeitervereinsstellen die obliegende Arbeitsvermittlung unterliegt. Die Landesarbeitsämter sind angewiesen, die ausländischen Verwaltungsbehörden auf Anwendung entsprechender schwerer Maßnahmen hinzuwirken.

Auf eine Anfrage des Abg. Degler (D. N.) wegen Heberverführung deutscher Kriegerleichen aus französischer Erde erwidert ein Regierungsdirektor, daß 1. die Auffindung sehr schwierig sei, 2. der Transport sich auf mindestens 2000 Mark stelle. Jedenfalls kommt die Angelegenheit vor einer allgemeinen Konferenz, die morgen in Genf beginnen soll, über ihre Stellungnahme noch nicht ausser.

Auf eine Anfrage des Abg. Freiherrn von Friesen erwidert, daß nach 115 Gefangenen in Vignone sich befinden. Auf die Intervention der Reichsregierung sind bislang noch vierzehn davon entlassen worden. Die Behandlung der Gefangenen ist gut. Die feilliche Bedrückung nimmt aber mit der Länge der Haft zu.

Auf eine Anfrage wegen Wiedereinführung der Freizugabefreiheit bei der Eisenbahn wird erwidert, daß diese Wiedereinführung vom 1. Juli ab zunächst in den D-Bahnen wieder eingeführt werden sollen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Der Entwurf sieht eine Umlage von 3 Mill. Tonnen Getreide für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung vor.

Reichsernährungsminister Hermes betont die Notwendigkeit der Sicherstellung der versorgungsberechtigten Bevölkerung auf erwerbsfähige Preise. Gegen die Zwangswirtschaft haben sich die Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe ausgesprochen, ebenso einzelne Verbraucherkreise. Dazu kommt, daß die Erhaltung der erforderlichen Getreidemengen bei der Getreidefreigabe auf den freien Markt des Jahres 1918 zurückzuführen ist. Schon die Freigabe der Getreide der Landwirtschaft im Jahre 15 Millionen Tonnen im Landgetreide. Auch eine vollständige Freigabe der Getreidewirtschaft kann noch nicht unternommen werden. Durch die Anpassung an den Weltmarktpreis würden Mehl- und Vorprieis sich stark erhöhen. Ein künstliches Niederkhalten der Preise durch Reichszuschüsse zum Inlandsgetreide ist praktisch undurchführbar. Es wären mehr als 14 Milliarden Mark erforderlich. Der Fleischverbrauch kann eingeschränkt werden, nicht der für Brot und Mehl. Die inländische Viehzucht trägt den Bedarf decken zu können, ebenso die Kartoffelerzeugung, nicht aber die Getreideerzeugung.

Wir sind deshalb zu einem Umlagegeschäft gekommen. Wir wissen, daß eine Verteilung der Umlagen, die allen Betrieben gerecht wird, praktisch kaum möglich wäre. Wir sehen in dem Umlagegeschäft einen besten Hebelweg zu freier Wirtschaft, eine Förderung der Produktion und das Ende des Schleichhandels. Die Reichsgetreidestelle kann weit mehr als die Hälfte abgebaut werden. Für die Erfüllung der Umlagen haben die Erzeuger dem Kommunalverband, dieser dem Land und dieses dem Reich. Wie sich die Preise gestalten werden, hängt von der Frage der Reichszuschüsse zur Befriedigung der Lebensmittel ab. Erwerbsfähig sind für diesen Zweck im laufenden Jahr 10 bis 15 Milliarden Mark. Hier muß abgebaut werden. Das kann aber nur schrittweise erfolgen. Hand in Hand mit dem Abbau müßte eine entsprechende Erhöhung von Lohn und Gehalt gehen. Somit muß sich der Mehl- und Brotpreis auf erheblicher Höhe halten.

Inzwischen ist eine große Zahl von Abänderungsanträgen eingebracht.

Abg. Edler von Braun (D. N.) lehnt im Namen der Landwirtschaft die Vorschläge ab. Viele Jahre habe die Landwirtschaft in der Zwangswirtschaft leiden müssen. Nur die freie Wirtschaft kann den Interessen der Konsumenten entsprechen. Das Beispiel der Kartoffel zeigt, daß heute unter der freien Wirtschaft der Preis wesentlich niedriger ist als im Vorjahre unter der Zwangswirtschaft. Nur der freie Verkehr kann uns vor dem Schieberhandel, die Regierung muß nur verhindern, daß deutsches Getreide auszuführen wird und für eine Befriedigung des Auslandsgetreides sorgen. Abgesehen ist auch die amerikanische Ernte eine wirkliche Bedrohung, und die Preise auf dem Weltmarkt werden ohnehin sinken. Die Umlage verleiht das Rechtsgesetz der Landwirtschaft und wird keinen Erfolg haben.

Abg. Schmidt (Zem.): Kartoffeln und Fleisch können nicht als Parallele herangezogen werden. Brot ist das wichtigste Nahrungsmittel, das absolut nicht entbehrlich werden kann. Die Zwangswirtschaft ist aus nationalen Gründen eingeführt worden. Jetzt müssen wir die Beibehaltung der Zwangswirtschaft fordern, denn die geplante Umlage wird ihren Zweck nicht erfüllen. Siehegen, die ihre Pflicht nicht tun, müssen alle zu ihrer Pflicht herangezogen werden. Andere Arbeiter-schaft ist aber bereit, mit der Landwirtschaft sich in dieser Frage zu verständigen.

Die Beratung wird sodann abgebrochen. Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Heidenempfangen aus der Angekettetenversicherung wird ohne Aussprache an den sozialen Ausschuss überwiesen.

Eins nach dem anderen.

Paris, 14. Juni. Das deutsche Luftschiff Nordstern ist gestern abends 8 1/2 Uhr zur Ablieferung in Saint-Gyr eingetroffen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 14. Juni. Abg. Otter (N.S.P.) begründet eine große Anfrage, die sich mit dem Explosionsunfall beschäftigt, durch das auf der Brücke „Königlicher Hof“, Grummert bei Bochum, am 12. April 14 Arbeiter getötet und 7 schwer verletzt worden sind. Die Regierung wird erwidert, die Ursache der Explosion bekannt zu geben, weil in der Bergarbeiter-schaft die Meinung verbreitet ist, daß durch die Richt-bachtung Bergpolizeibehörden die Explosion verursacht wurde.

Ein Vertreter der Bergverwaltung erklärt: Es handelt sich um schlagende Wetter mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion. Die Entzündung sei durch eine Sicherheitslampe erfolgt. Die besonderen Verhältnisse an der Unfallstelle hätten leider eine ausreichende Verneinung unmöglich gemacht. Die vermehrte Einführung der elektrischen Grubenlampe sei bisher infolge des Krieges verhindert worden, was aber jetzt allmählich gefördert werde.

Abg. Brunt (D. N.) erklärt, daß befallene Arbeiter nicht sei auf eine Verteilung verschiedener Umlagen, nicht aber auf ein Verbot der Bergarbeit oder der Bergverwaltung zurückzuführen.

Abg. Herrlich (N.S.P.) bemängelt die Art, wie die Untersuchung von den amtlichen Stellen durchgeführt worden sei.

Abg. Brunt (D. N.) wünscht eine gründliche Erörterung der mit dem Grubenunfall zusammenhängenden Fragen in einem Ausschuss. In jedem Bergarbeiter sollten Ausschüsse gebildet werden, die unter Beteiligung von Vertretern der Bergschaften die Ursachen solcher Katastrophen prüfen.

Abg. Hartmann (Zem.) fordert, daß die denkbaren Vorkehrungen getroffen werden, auch wenn sie teuer sind. Die Betriebsräte hätten die Aufgabe, gemeinsam mit den Arbeitgebern die Verhütung von Unfällen zu betreiben.

Die Anfrage wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Abg. Meier-Berger (D. N.) begründet hierauf den Antrag seiner Fraktion, der eine liberale Richt auf dem Grund des Lebensversicherungsgesetzes verabschiedeten Renten verlangt.

Abg. Bardeß (Zem.) beantragt, daß auch festgesetzte Renten eine günstige Einwirkung des Lebensversicherungsgesetzes auf die Beförderungsmöglichkeit der jüngeren Rentner haben.

Abg. Haseloff (D. N.) beantragt festzustellen, welche beamteten Stellen in die festgesetzten Renten einbezogen sind.

Die Rentenberatung wird verlagert.

Der türkische Nationalbolschewismus.

Paris, 14. Juni. Die Chicago Tribune teilt mit, daß 50 000 Mann bolschewistischer Truppen, hauptsächlich Kavalierie, auf dem Wege über den Kaukasus seien, um die Revolution bei den demnächst zu erwartenden Zusammenstößen mit den Griechen zu verstärken. Abteilungen der Budjonnischen Kavallerie sollen auf dem Marsche nach Ankara über Erzerum sein. Nach einigen Berichten werde General Dussikow gemeinsam mit Mustafa Kemal Pascha die Operationen leiten.

Die amerikanische Friedensresolution.

London, 14. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus die Resolution Porter, die die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sowie Österreich vorseht, angenommen.

Reichseinheit und Wirtschaftskraft.

Jahresheftung haben unsere Vorfahren seit den Befreiungskriegen vor hundert Jahren um die Einigung der deutschen Stämme in Wort und Schrift gemungen. In der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 nach der Grundstein zur Reichseinheit gelegt. Bis dahin hatte jeder deutsche Staat seine eigene Handelspolitik, Zollmauern, Ein- und Ausfuhrverbote herrschten an allen Ecken und Enden. Ungeheure Verwässerung der Waren durch die Zölle zwischen den Einzelstaaten waren die Folge. Ständige Behinderung des Verkehrs durch die Kontrolle der Wagen und der Reisenden; überall Schlagschüsse, Zollhäuser, Zollbeamte; Ausfuhrverbote, wenn irgendwo Misperte stattgefunden hatte, und die Folge: Teuerung und Hunger an einem Ende des Landes, während an einem andern genügend Vorrat war. Denn jedes Land sorgte für sich.

Das war das Bild Deutschlands, bevor die deutsche Reichseinheit im Zollverein grundgelegt wurde. Das ganze Wirtschaftsleben war niedergedrückt. In einer Zeit, wo es noch keine Fabriken gab im heutigen Sinne des Wortes, wo in ganz Deutschland noch nicht soviel Werkzeuge in Dampfmaschinen wirkten, wie heute in einer einzigen modernen Fabrik, wo es noch keine Eisenbahn gab und keine Dampfschiffe, geschweige denn Telegraph und Automobil, wo die meisten Menschen ihr Leben lang keine Reise machten und 80 Prozent der Bevölkerung noch von der Landwirtschaft lebten. Trotzdem wurde selbst damals die handelspolitische Verwirrung so schwer empfunden, daß man sie abschaffen beschloß. Welche Zustände müßten erst heute entstehen, wenn man bei jeder Ueberbreitung der Grenzen eines Zollstaates die Zollunterbrechung über sich ergehen lassen sollte, wie dies bei einer Reise ins Ausland der Fall ist? Wenn auf Schritt und Tritt der Zollwächter den Reisenden verhaften würde? Schon der bloße Gedanke an die Folgen einer politischen Zerreißung unserer so eng verwachsenen Volkswirtschaft läßt uns erschauern, was wir als Wirtschaftskraft an einer starken, freudig bejahen Reichseinheit haben. Wie mühen heraus, daß wir in ihr eine erste Raftquelle deutscher Wirtschaftskraft haben. Wie mühen unter uns heute an eine Auflösung der Reichseinheit; aber schon die Dämpfung der Freude am eintigen Reiche würde, da wir seit Jahrhunderten unter der Spannung der Stammesverschiedenheit und unter Gegenbröckel leiden, lähmend auf den frühen Aufschlag des deutschen Wirtschaftslebens wirken. Darum sollen wir allem, was diese Freude dämpfen kann, schon aus wirtschaftlichem Weltbild, entgegenwirken.

Darum ist auch ein Blick in die ältere Vergangenheit unseres Volkes angebracht. Einst, am Ausgang des Mittelalters, als das alte Deutsche Reich noch einen einigen, politisch machtvollen Kaiserthron darstellte, war auch das deutsche Wirtschaftsleben herrlich emporgeblüht, waren Wohlstand und Reichtum einträchtig bei den deutschen Bürgern, so zwar, daß sie ihre herrlichen Dome bauen, ihre stattlichen Burgen aufschauen und ihre noch heute bewundern Bürgerhäuser errichten konnten. Damals, am Ausgang des Mittelalters und an der Schwelle der Neuzeit, galt Deutschland als das Land der Entfaltung. Damals zogen die deutschen Kaufleute über die Alpen, gingen die Wege über den Balkan, hatten politische Straßen durch Frankreich nach Spanien und Portugal, gingen bis tief hinein nach Rußland und beschränkten den Handel in Skandinavien und in England. Die politische Größe des Reiches hatte die wirtschaftliche im Gefolge.

Und warum wurden später Frankreich und vor allem England die Herren in wirtschaftlicher Hinsicht? Warum zerfiel die deutsche Handelsblüte, das deutsche Gewerbeleben? Weil die Reichseinheit zerbrach und das Reich nur ein Schattenwesen führte, ohnmächtig nach innen und nach außen. Wir haben damals in wachsender Verarmung erfahren, was die innere Zersplitterung des Deutschlands bedeutet auch für das Wirtschaftsleben der Nation. Und nicht eher ist aus dem armen Deutschland ein reicher und wohlhabender Staat geworden, bis wiederum die deutsche Stämme geeint dastanden, bis das neue Deutsche Reich entstand.

Nach der Neuaufrichtung des Reiches ging es denn auch wirtschaftlich mit Riesenschritten wieder vorwärts. War uns England industriell auch weit voraus, wir Deutsche arbeiteten und wirkten unter dem mächtigen Schutze des Reiches unbedröht. Das Reich schützte die nationale Arbeit in jeder Form vor der übermächtigen Auslandskonkurrenz, förderte alle schaffenden Stände durch die Maßnahmen der Wirtschaft und Sozialpolitik im Innern, böhnte dem deutschen Fleiße die Wege in der weiten Welt und schuf so die Grundlagen für die herrliche Entwicklung der deutschen Wirtschaftskraft. Der deutsche Handel dauerte in der Welt wuchs von Jahr zu Jahr. Aus den 7 Milliarden Ein- und Ausfuhr, die wir 1889 hatten, waren 1900 10 1/2 Milliarden, 1918 aber rund 21 Milliarden geworden. Alle Stände

1997

Berlin garantierte die Milch bis Herbst des Viter zu 3 Mark. Stadtv. O. Schmitz (Dem.) wendet sich gegen den Vorwurf der Profitgier. Behg. Braun sollte sich einmal zusammenrechnen, was ein Viter Milch koste. Er sollte sich bei seinem Genossen Sellmann erkundigen, wie Adin die Milch in der nächsten Nähe von Reinze lauge. Er habe Adin sogar in Veracht, daß das Angebot durch eine Extrabergütung anlocke.

Spieleplan. In der gestern stattgefundenen Bestimmung der Elternvereine und Lehrpersonen des 2. und 3. Bezirks wurde beschlossen, die Eltern der Kinder a) gewählten Bezirken, und zwar Friedhofstraße, Promenadestraße und Wändelstraße am Dienstag, zu einer ersten, meinen I. n. s. p. c. über zwei und J. e. l. der Spielzeit, Donnerstag, den 16. Juni, abends 7½ Uhr einzuladen. Die Vernehmung findet statt im Saale des Marienbroschens (Niederstraße 44, 1. Etage). Es werden recht zahlreich erscheinen sowohl der Lehrpersonen als auch Eltern und besonders der Elternvereine beehrte dringend gebeten.

(Der „freie Sprecher“ ist ficher über die Personen-
anbahnungsangelegenheiten informiert. Aber er muß es so
darstellen, als ob... damit er am Eschl der Polemik
gegen das Vergehen des Arbeitgebers auf „Christen-
tum“ und „Reuh“ „Gebenbreitiger Zeitung“
lostreiten kann.

Ein derartiges Exstern der weit über das berechnete
und übertriebene Maß an Kritik hinausgehenden
verleumdenden Gehe ferngezeichnet den, der sie zu sei-
nem täglichen Gewerbe macht.)

Der Vertrag hat aber keinen andern Inhalt, als den der Vorlaut des mit dem Ertsehrdeichenden Ader-Verband abgeschlossenen Vertrages bekannt gegeben. Demnach bleiben die Ertsehrdeicher vollkommen selbständig bei sich, sozuzagen als Individuen bestehend, jedoch haben sie die vorgeschriebenen Gebühren für ihre Acker-ten, nach dem Vortheilskreise unumzogen, an den Deut-lichen Ader-Verband abzugeben. Der Vertrag gilt erstmalig bis zum Schluß des Jahres und läuft stückweise von Jahr zu Jahr weiter, wenn er nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf von einem der beiden beteiligten Seiten aufgekündigt wird.

tinnen 60 Stk. 29 Pfenn. 1200-1300 2 Stk. 110-1200 Stk.
 Ruten und Stäbe: 1 1300-1350, 2a 900-1350 Stk., Weierz:
 1a 950-1650 Stk., Stäber 2a 1250-1300 Stk. 1100-1200 Stk.
 Schweine: 1a 1550-1600 Stk., mittelmaßig.
 Einfuhr von ausländischem Fleisch: aus Holland 45
 Räder und 00 Schweine, aus Argentinien: 100 Stiel
 und 50 Schweine, Rotterdam durch die 50 Stk. bolan-
 disches Rindfleisch 1a 900-1200 Stk. 800, 2a 700 Stk., Schweine-
 fleisch 1a 1000-1200 Stk. 1450 Stk., 2a 500 Stk., argentinisches
 Rindfleisch 1a 900, 2a 550, 3a 500 Stk., Schweine-
 fleisch 1a 1100, 2a 1050 Stk., mittelmaßig.
 Geld- und Wechselmarkt.

100 belg. Franken =	557,40	558,60	561,40	565,60
100 nordreg. Kron. =	1008,95	1011,15	1018,40	1041,05
100 bdm. Kronen =	1174,80	1177,20	1216,25	1231,75
100 schwed. Kron. =	1558,40	1556,60	1585,90	1589,10
100 russisch. Rubl. =	113,60	113,90	114,85	115,75
100 italien. Lire =	356,60	357,40	359,60	363,00
1 engl. Pfund =	261,20	261,80	268,20	270,80
1 amerik. Dollar =	69,805	69,945	72,17	72,33
100 franz. Franken =	558,40	559,60	568,40	569,60
100 schwed. Frank. =	1165,80	1168,20	1198,80	1201,20
100 span. Pelsos =	897,10	898,90	919,05	920,95
100 österr. Sch. =	14,43	14,52	14,68	14,72
100 holländ. Kronen =	95,15	95,35	95,65	95,85
100 ung. Kron. =	27,22	27,28	27,27	27,66

den. Er wurde
zweiter polnischer
König nach der
Königin und